

## Planungsstudie soll Antworten liefern

Der Kanton Obwalden will einen A8-Halbinschluss in Kägiswil prüfen lassen. Der Kantonsrat befindet über einen Planungskredit.

Martin Uebelhart

Der Obwaldner Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat einen Planungskredit von 387'000 Franken für eine Planungsstudie zum «A8-Halbinschluss Kägiswil». Das schreibt er in einer Medienmitteilung. Der kantonale Richtplan 2019 sieht in der Kernmatt in Sarnen einen Halbinschluss an die A8 vor. Dieser sei langfristig sinnvoll, um die Siedlungsgebiete von Sarnen, Alpnach und Kerns vom Verkehr zu entlasten, so die Mitteilung. Damit das Projekt realisiert werden könne, müssten die künftigen Nutzen die Kosten überwiegen. Eine Studie soll diese Frage klären.

Der geplante Halbinschluss in der Kernmatt in Sarnen sieht eine Ausfahrt für Fahrzeuge aus Luzern und eine Einfahrt in Richtung Luzern vor. Damit könnte der zunehmende Verkehr auf den Kantonsstrassen im Sarneraatal langfristig besser bewältigt werden, schreibt der Regierungsrat. Besonders die Siedlungsgebiete von Sarnen, Alpnach sowie der Dorfkern von Kerns würden entlastet und würden einen wichtigen Beitrag zur siedlungsverträglichen Verkehrslenkung leisten.

### Gemeinden werden miteinbezogen

In einem ersten Schritt soll ein Lösungsansatz erarbeitet werden, der relevante Aspekte wie die Siedlungsentwicklung, Verkehrsprognosen, die Raumplanung und den Umweltschutz einbezieht. Die betroffenen Ge-



In diesem Bereich der A8 könnte dereinst ein Halbinschluss entstehen.

Bild: zvg

meinden Sarnen, Alpnach und Kerns werden in das Projekt eingebunden.

Fällt die Kosten-Nutzen-Bewertung positiv aus, wird das Projekt konkretisiert und in den nationalen Sachplan Verkehr (Teil Infrastruktur Strassen, SIN) aufgenommen. Andernfalls soll der Prozess be-

endet werden. «Inhalt, Umfang und Form dieser Kosten-Nutzen-Bewertung und Zweckmässigkeitsbeurteilung gibt der Bund in Form eines Handbuchs vor», sagt der Obwaldner Baudirektor Josef Hess auf Anfrage. Hess geht davon aus, dass die vollständige Studie bis Mitte 2027 vorliegen dürfte.

Der motorisierte Individualverkehr auf den Kantonsstrassen nimmt laut der Mitteilung seit Jahren zu: «Zwischen 2010 bis 2023 stieg er um durchschnittlich zwei Prozent pro Jahr. Ein weiterer Anstieg um jährlich rund 1,5 Prozent ist zu erwarten.» Mit der Eröffnung des A8-Vollanschlusses Alpnach Süd

werde der Lastwagen-Verkehr auf der Brünigstrasse von und nach Luzern aus dem Raum Sarnen Nord wegen der kürzeren Distanzen und der tieferen Kosten für die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe stark zunehmen und die Siedlungsgebiete belasten. Bereits heute erreiche die Nordstras-

se – sie verbindet den A8-Anschluss Stans Nord über eine Reihe von Kreiseln mit der Brünigstrasse – in Spitzenstunden ihre Kapazitätsgrenze.

### Frühestens in 10 bis 20 Jahren

«Der A8-Vollanschluss in Alpnach bedingt zwar den Halbinschluss Kägiswil nicht», hält Josef Hess fest. «Dieser wäre aber eine sinnvolle Begleitmassnahme.» Bis ein solcher Halbinschluss realisiert werden könnte, dürfte es 10 bis 20 Jahre dauern, schätzt der Baudirektor. «Immer unter der Voraussetzung, dass die Planungsstudie dieses Projekt positiv beurteilen würde.»

Nicht ganz so lange präsentiert sich der Zeithorizont für den Vollanschluss Alpnach Süd. «Wir haben die Projektgenehmigung noch nicht aussprechen können», räumt Baudirektor Josef Hess ein. Einige Einsprachen hätten erledigt werden können, andere seien derzeit noch hängig. «Wir hoffen, dass wir hier in den kommenden Monaten zu einer Lösung kommen.» Wenn dies gelingt, beginne der Kanton im Sommer 2025 mit der Umsetzung der Verkehrssicherheitsmassnahmen auf der Hofmattstrasse, gefolgt vom Bau des «Kreisels Industrie» im Jahr 2026. Der Bund sehe die Umsetzung des Vollanschlusses in den Jahren 2027 und 2028 vor, so Hess.

Der Obwaldner Kantonsrat berät den Kredit für die Planungsstudie an seiner nächsten Sitzung am 20. März.

## Nur noch ein VSZ-Standort?

Auf dem Areal Werkhof Foribach in Sarnen könnte einst ein gemeinsames Verkehrssicherheitszentrum für Ob- und Nidwalden entstehen.

Irene Infanger

Seit Januar 2002 nimmt das gemeinsame Verkehrssicherheitszentrum Obwalden und Nidwalden (VSZ OW/NW) für beide Kantone die gesetzlichen Aufgaben im Bereich des Strassenverkehrs und der Schifffahrt wahr. Derzeit verfügt das VSZ über zwei Standorte: beim Polizeigebäude auf dem Areal Foribach in Sarnen und beim Areal Kreuzstrasse in Stans. Künftig jedoch könnte es nur noch einen Standort geben. Zumindest prüfen die beiden Kantone zurzeit eine Zusammenlegung der beiden VSZ-Standorte, wie die Regierungen beider Kantone am Freitag in einer gemeinsamen Medienmitteilung schreiben.

Grund für eine solche Prüfung sind die aktuellen Neubauprojekte in beiden Kantonen. So erarbeitet der Kanton Nidwalden zurzeit Pläne zur künftigen Entwicklung des Areals Kreuzstrasse in Stans, wobei bisher auch ein Neubau für das bisherige VSZ vorgesehen war.

Parallel dazu hat sich der Regierungsrat des Kantons Obwal-

den entschieden, das Verkehrssicherheitszentrum in Sarnen an einem neuen Standort auf dem kantonseigenen Areal Werkhof Foribach zu planen. «Durch die Verlegung an den neuen Standort ergeben sich neue Möglichkeiten für die Entwicklung des Areals Foribach, auf dem sich das Polizeigebäude befindet», wird der Obwaldner Regierungsrat Christoph Amstad in der Mitteilung zitiert.

Der Kanton Obwalden möchte auf dem Areal nicht nur ein neues Polizeigebäude erstellen, sondern unter anderem auch das Sozialamt, das Bau- und Raumentwicklungsdepartement und Teile des Staatsarchivs auf dem Areal eingliedern. Noch in diesem Halbjahr wird die Regierung dem Kantonsrat einen entsprechenden Planungskredit unterbreiten, anschliessend soll der Projektwettbewerb gestartet werden. «Das Verkehrssicherheitszentrum benötigt sehr viel Platz für die Prüfhalle und Aussenverkehrsfläche. Durch den alternativen Standort erhalten wir auf dem Areal Foribach mehr Möglich-



Der Kanton Obwalden möchte seinen VSZ-Standort vom Areal Foribach (rot, links) ins Areal Werkhof Foribach beim Autobahnanschluss A8 (gelb, rechts) auslagern.

Bild: zvg

keiten zur Umsetzung eines zweckmässigen Baus», führt der Vorsteher des Sicherheits- und Sozialdepartements Obwalden auf Anfrage aus.

### Projektgruppe soll weitere Analyse geben

Eine Machbarkeitsstudie im Auftrag beider Kantone habe gezeigt, dass auf dem Areal Werkhof Foribach in Sarnen neben der Einzellösung für den Kanton Obwalden auch die Zusammenlegung der Fahrzeugkontrolltätigkeit an diesem gemeinsamen Standort reali-

sierbar wäre. «Durch die Zusammenlegung würde man aber viel Land und Baukosten sparen», sieht Karin Kayser-Frutschi die Vorteile einer Zusammenlegung. Die Nidwaldner Justiz- und Sicherheitsdirektorin erklärt auf Anfrage, dass die Einbindung des Verkehrssicherheitszentrums auf dem Areal Kreuzstrasse wegen seiner Grösse, aber auch in Anlehnung an die Blaulichtorganisationen, nicht ganz einfach sei.

In einer Projektgruppe mit Vertretenden beider Kantone sollen nun in einem nächsten

Schritt die rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen für einen gemeinsamen Standort geprüft werden. «Ziel ist es, ein zeitgemässes und funktionales Dienstleistungszentrum zu schaffen, welches sämtliche Anforderungen der Region abdecken kann. Dabei ist es wichtig, dass alle Möglichkeiten geprüft werden – auch der Nutzen von Synergien bei einer Zusammenlegung des Bereichs der Fahrzeugprüfungen», hält die Nidwaldner Regierungsrätin Karin Kayser-Frutschi fest.

Sie betont, dass administrative Geschäfte wie die Erneuerung eines Führerausweises weiterhin auch in Nidwalden erledigt werden könnten. Zudem sollen allfällige Bedürfnisse im Zusammenhang mit Spezialfahrzeugen berücksichtigt werden können. Mögliche Einwände von Nidwaldner Fahrzeughalterinnen und -haltern, dass sie künftig einen grösseren Fahrweg in Kauf nehmen müssten, versteht sie. «Die Distanzen innerhalb des Kantons sind alle sehr kurz, und jede Veränderung

wird kritisch hinterfragt. Objektiv betrachtet, ist der Standort Foribach aber immer noch gut erreichbar», sagt die Nidwaldner Regierungsrätin.

### Auch Astra wird miteinbezogen

Voraussetzung dafür, dass das VSZ OW/NW auf dem Areal Werkhof Foribach realisiert werden kann, sind Anpassungen beim bestehenden Anschluss zur Nationalstrasse A8. Der Obwaldner Regierungsrat hat dazu die Erarbeitung eines entsprechenden Vorprojektes für die Erschliessung genehmigt. Gemäss Christoph Amstad geht es bei diesen Massnahmen um die Zufahrt auf das Areal, welche den Bau eines Kreisels beinhalten könnte. Dies wiederum muss mit dem Astra als Eigentümerin der Nationalstrasse abgestimmt werden.

In den kommenden Monaten wird die beauftragte Projektgruppe nun die Rahmenbedingungen analysieren. Im September 2025 möchten die beiden Regierungen schliesslich das weitere Vorgehen definieren.